


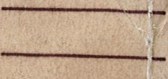
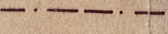
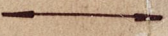
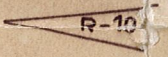
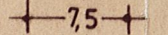
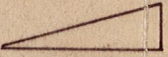

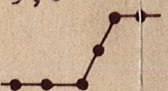



# BEBAUUNGSPLAN DER GEMEINDE BUBESHEIM FÜR DAS GEBIET

## NEUER WASSERBURGER WEG UND AM HOHEN RAIN

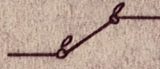
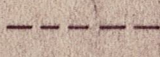



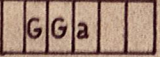

M 1:1000

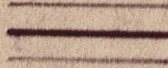




## A) für Festsetzungen

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
	Straßenbegrenzungslinie mit Verkehrsflächen
	Baugrenze
	Firstrichtung
	Schleppkurve bei Straßeneinmündungen
	Bemaßung
	Sichtfelder
WA	allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO
o	offene Bauweise
	Hausgruppen
MI	Mischgebiet - § 6 BauNV
GI	Industriegebiet - § 9 BauNV
GRZ 0,4	Grundflächenzahl gemäß § 17 der Baunutzungsverordnung vom 26. November 1968
GFZ 0,8	Geschoßflächenzahl gemäß § 17 der Baunutzungsverordnung vom 26. November 1968
BMZ 9,0	Baumassenzahl
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	Fläche für Land- und Forstwirtschaft
	2 Vollgeschosse als Höchstgrenze (Dachgeschoßausbau wird nicht auf die Geschößzahl angerechnet)
	Grünflächen (Spielplatz)
(+)	Bäume zu pflanzen
	Grünfläche (Parkanlage)

## B) für Hinweise

	bestehende Grundstücksgrenze
	geplante Grundstücksgrenze
	vorhandene Gebäude
	vorhandene Nebengebäude
	geplante Gebäude
	Gemeinschaftsgaragen
	Genehmigter Bebauungsplan vom 22. November 1963

	10 KV FREILEITUNG
	10 KV KABEL
	TRAFOSTATION

Die Gemeinde Bubesheim erläßt als Satzung auf Grund der §§ 9 und 10 des Bundestaugesetzes - BBauG - vom 23. Juni 1960 (BGBl. I Seite 431) und des Art. 107 der Bayer. Bauordnung - BayBO - vom 21. August 1969 (GVBl. Seite 236) folgenden mit Verfügung des Landratsamtes Günzburg vom  
 Nr.                      gemäß § 11 BBauG in Verbindung mit § 1 der Verordnung vom 25. November 1969 (GVBl. Seite 370) genehmigten

# B e b a u n g s p l a n

## § 1 Bestandteil des Bebauungsplanes

Für das Gebiet innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches gilt die vom Landratsamt - Kreisplanungsstelle - am 12. November 1970 ausgearbeitete Bebauungsplanzeichnung, die zusammen mit den nachstehenden Vorschriften den Bebauungsplan bildet.

## § 2 Art der baulichen Nutzung

- 1) Das mit WA bezeichnete Baugebiet wird vorbehaltlich des Absatzes 2 und 3 als allgemeines Wohngebiet im Sinne des § 4 der Baunutzungsverordnung (BauNV) vom 26. November 1968 (BGBl. I Seite 1237) festgesetzt. Die Ausnahmen des Abs. 5 des § 4 BauNV sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- 2) Das mit MI bezeichnete Baugebiet wird als Mischgebiet im Sinne des § 6 Baunutzungsverordnung (BauNV) vom 26. Nov. 1968 (BGBl. I Seite 1237) festgesetzt. Die Ausnahmen des Abs. 3 des § 6 BauNV sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- 3) Das mit GI bezeichnete Baugebiet wird als Industriegebiet im Sinne des § 9 Baunutzungsverordnung (BauNV) vom 26. Nov. 1968 (BGBl. I Seite 1237) festgesetzt. Die Ausnahmen des Abs. 3 Satz 2 des § 9 BauNV sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

## § 3 Gestaltung der Gebäude und der Dächer

- 1) Bei Wohngebäuden sind Sattel- und Walmdächer zulässig. Die in der Bebauungsplan-Zeichnung eingetragene Firstrichtung ist einzuhalten. Die Dachneigung muß zwischen 26 und 34 Grad liegen. Dachaufbauten sind nicht zulässig. geändert gem. Sitzung vom 06.12.1993
- 2) Die Garagen sind mit sonstigen Nebengebäuden zusammenzubauen und müssen hinter der vorderen Baugrenze errichtet werden.
- 3) Bei beiderseitigem Grenzanbau sind Garagen einschließlich der sonstigen Nebengebäude einheitlich zu gestalten.

## § 4 Einfriedungen

Die Höhe der Einfriedung (einschließlich eines Sockels) darf 1,30 m nicht übersteigen.

## § 5 Sichtdreiecke

Innerhalb der Sichtdreiecke an den Erschließungsstraßeneinmündungen dürfen neue Hochbauten, außer Zäunen, nicht errichtet werden. Anpflanzungen aller Art und Zäune sowie Stapel, Haufen und ähnliche mit dem Grundstück nicht fest verbundene Gegenstände dürfen nicht angelegt und unterhalten werden, soweit sie sich um mehr als 0,90 m über eine durch die Dreieckspunkte auf Fahrbahnhöhe gelegte Ebene erheben würden.

## § 6 Inkrafttreten

Der Bebauungsplan wird mit seiner Bekanntmachung gemäß § 12 BBauG rechtsverbindlich.

Bubesheim, den .....

1. Bürgermeister

1. Bürgermeister

Landratsamt Günzburg  
Kreisplanungsstelle

entworfen am .....

gezeichnet am ..12.11.1970.....

Günzburg, den .....

I.A.

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit Begründung gemäß § 2  
Absatz 6 BBauG vom 24.12.70 bis 25.1.71  
in der Gemeindekanzlei öffentlich ausgelegt.

Bubesheim....., den .....

.....

Die Gemeinde Bubesheim..... hat mit Beschluß des Gemein-  
derates vom 16.2.71..... den Bebauungsplan gemäß § 10  
BBauG als Satzung beschlossen.

Bubesheim....., den 18.02.1971.....

.....  
Beigel, 1. Bgmi

Das Landratsamt Günzburg hat den Bebauungsplan mit Verfügung  
vom 20.10.1971 Nr. II/4-6/10-513 gemäß § 11 BBauG in Ver-  
bindung mit § 1 der Verordnung vom 25. 11. 1969 (GVBl. S. 370) ge-  
nehmigt.

Günzburg, den .....

I.A.

Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom .....  
bis ..... in ..... gemäß § 12 Satz 1 BBauG  
öffentlich ausgelegt. Die Genehmigung und die Auslegung sind am  
..... ortsüblich durch .....  
bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 3  
BBauG rechtsverbindlich.

....., den .....